

Die Jagd auf die vergessenen Konten

Banken sitzen auf einem brisanten Schatz: **nachrichtenloses Vermögen**, oft von Verstorbenen, deren Erben nichts davon wissen. In Deutschland und der Schweiz geht es dabei um Milliarden, auf die auch der Staat schielt. Und in Österreich? **VON KARL GAULHOFER**

Es war eine der verlustreichsten Katastrophen in der Geschichte der Seefahrt: Im Jänner 1945 versenkte ein sowjetisches U-Boot den deutschen Truppentransporter Wilhelm Gustloff vor der Küste Pommerns – nicht wissend, dass auf ihm auch Tausende Zivilisten aus Ostpreußen evakuiert wurden. Unter den rund 10.000 Opfern war ein Soldat aus Dortmund, der außer seiner Frau auch eine kleine Tochter zurückließ. Sie ist heute 84 Jahre alt, lebt aber immer noch im Elternhaus ihrer Kindheit. Anfang Jänner landete ein „Informationsbogen zur Einlagensicherung“ der Sparkasse Dortmund in ihrem Briefkasten – adressiert an ihren Vater, 71 Jahre nach seinem Tod. Die leicht makabre Post brachte die Familie auf die Spur eines längst vergessenen Kontos. Tatsächlich fand die alte Dame in der Kiste mit den Familienerinnerungen ein Sparbuch, das ihre Mutter nach dem Krieg weitergeführt und dann in ihrem Testament vergessenen hatte.

Die bizarre Geschichte ging durch deutsche Medien. Rasch zeigte sich: Die peinliche Panne deckte keinen Einzelfall auf. Allein die Sparkasse Dortmund mit ihren 390.000 Kunden führt 200.000 Konten, auf denen es mindestens fünf Jahre lang keine Bewegung mehr gab. Meist handelt es sich dabei um sehr kleine Beträge, aber nicht immer. Das weckte allgemeine Neugier: Um welche Summen geht es für ganz Deutschland? So wachten auch die Beamten im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen auf. Dort war zwar schon seit 2013 eine Arbeitsgruppe am Thema „Nachrichtenlose Konten“ dran, aber nun wurde sie richtig aktiv. Sie trug die Daten der Betriebsprüfer von 50 Banken in

acht Bundesländern zusammen, rechnet diese nach der Bilanzsumme der Institute hoch – und kam auf stolze zwei Milliarden Euro.

Fiskus gegen Banken. Worauf Landesfinanzminister Norbert Walter-Borjans (bekannt als begeisterter Käufer von Steuerlinder-CDs) ans Mikro trat und eine zentrale Datenbank forderte, um Nachkommen auf ihr unbekanntes Erbe hinzuweisen. Solche Register gibt es schon in der Schweiz, Großbritannien und (für Versicherungen) in Frankreich. Der Minister will die Institute auch verpflichten, die Erben aufzusuchen: „Es kann nicht sein, dass die Banken Geld bunkern, das ihnen nicht zusteht.“ Das sieht man offenbar auch in Berlin so, denn die Bundesregierung arbeitet nun an einem Vorschlag. Dass aber ein Finanzier die Initiative ergriffen hat, ist wohl kein Zufall. Was nämlich, wenn sich die Bank vergeblich bemüht? Beim Vorbild Schweiz fallen die ältesten vergessenen Schätze dem Fiskus zu – als willkommenes Geschenk.

Schweizer Banken müssen Phantomkonten online stellen. Dann gehen sie an den Staat.

Doch die Schweizer haben viele Jahre um ihr Gesetz gerungen. Denn bei ihnen steht weit mehr auf dem Spiel. Es geht um Schwarzgeld reicher Steuerflüchtlinge aus aller Welt, die ihren Schatz niemandem verraten haben. Es geht um vergessenes Vermögen von Juden, die ihr Hab und Gut in der Nazi-Zeit in Sicherheit brachten. Und es geht womöglich auch um gebunkertes



Wie viele vergessene Konten im ehemaligen Haus des Creditanstalt-Bankvereins, dem heutigen Bank-Austria-Hauptquartier, wohl schlummern? **SP Bank Austria/Nick Albert**

Raubgut der Nazis selbst. Bevor sich der Staat die Geisterkonten holen kann, müssen die eidgenössischen Banken sie publik machen. Seit Dezember 2015 steht für jedermann zugänglich, die Plattform dormantaccounts.ch im Netz: eine Liste von Konten und Schließfächern mit Geld und Goldbarren, deren Besitzer sich seit mindestens 60 Jahren nicht mehr gemeldet haben. Ab der Publikation läuft eine Frist von ein bis fünf Jahren, dann liquidiert der Staat.

Spitze des Eisbergs. Immerhin 600 Mio. Franken hat die Eidgenössische Finanzverwaltung für die nächsten 15 Jahre aus diesem Titel als Zubrot eingeplant. Die Schätzung gilt als konservativ. Jedenfalls sind die Uraltkonten nur die Spitze des Eisbergs. Auch bei vielen jüngeren Konten ist der Kontakt nach Kunden längst abgebrochen. Die von Insidern geschätzten Gesamtsummen erreichen laut deutscher „Wirtschaftswoche“ schwindelnde Höhen von bis zu 50 Milliarden Franken.

Wie aber sieht es in Österreich aus? Jeder Vergleich mit der sehr speziellen Schweiz könnte nur kräftig hinken. Aber zu Deutschland lassen sich auf den ersten Blick keine Unterschiede ausmachen. Womit für eine grobe Schätzung die übliche Umrechnung

von eins zu zehn passen sollte: Zwei Milliarden dort sind 200 Millionen in Österreich. Der Rest ist Nebel: Es gibt zu den Phantomkonten keine Daten, kein Register, kein Gesetz. Und auch „diesbezüglich keine Initiativen“, wie es aus dem Finanzministerium heißt.

Aber immerhin freundliches Schultersucken von offizieller Bankenseite. Franz Rudorfer, der Branchenvertreter bei der Wirtschaftskammer, hält das Thema für überschätzt: „Ich glaube nicht an die großen Zahlen.“ Schmunzelnd erinnert er sich an das kleine Sparbuch aus seiner Schulzeit, das er vor Kurzem gefunden hat – „mit 9,66 Schilling drauf“. Ein Melderegister sei mit vertretbarem Aufwand nicht zu machen: „Da passen Kosten und Nutzen nicht zusammen.“ Aber als versierter Fürsprecher seines Sektors hat er eine schöne Erklärung parat, warum es in Österreich nur um Minibeträge gehe: „Wir haben eine stärkere Filialdichte, damit sind wir einfach näher an den Kunden dran“ – weshalb diese auch nicht so leicht in Vergessenheit geraten, mitsamt ihren Nachkommen.

Unter dem Deckel gehalten. Albrecht Basse schüttelt den Kopf. „Ich sehe keinen Grund, warum es in Österreich anders sein sollte als bei uns“, sagt der Verbandsprecher der deutschen Erbenvermittler, die Jagd auf verschollenen Vermögen zum Beruf gewählt haben. „Die Sparkassen haben bei uns auch eine hohe Filialdichte.“ Und eine von ihnen habe doch den politischen Stein erst ins Rollen gebracht. Aber Basse versteht die Reaktion der Banker:

Keine Daten, kein Gesetz – und auch kein Thema in Österreich? Erbenermittler haben Zweifel.

„Vor der Dortmund-Geschichte haben in Deutschland das Thema auch alle unter dem Deckel gehalten.“ Die Erbenermittler fordern dort vehement ein Melderegister, „das würde unsere Arbeit sehr erleichtern“. Nicolas Forster sekundiert für Österreich: „Ich würde ein Register absolut befürworten“, sagt der Chef der Historikerkanzlei, dem größten Büro hierzulande.

Bis dato sind die heimischen Banken jedenfalls in einer komfortablen Position: Einlagen verfahren 30 Jahre nach der letzten Kontobewegung, danach erhöhen sie Gewinn und Kapital des Instituts. Hinter vorgehaltener Hand bestätigt ein Brancheninsider dann sehr wohl die Größenordnung von 200 Mio. Euro – unabhängig geschätzt, nicht von der deutschen Hochrechnung abgeleitet. Die Filialdichte wirke zwar dämpfend. Aber dafür könne man in Deutschland den armen

Investmentansätze, die auf Risikofaktoren basieren, können das Risiko im Depot reduzieren

Seit der Finanzkrise 2008 ist das Bedürfnis von Anlegern nach Sicherheit bei der Kapitalanlage gestiegen. Gleichzeitig mangelt es aber an risikoarmen Anlagen. Die Renditen von bisher als sicher eingestuftem Staatsanleihen sind auf historischem Tiefstand. Um Renditen zu erzielen, die auch die Inflationsrate übersteigen, müssen Anleger heute höhere Risiken eingehen.

Über eine breite Streuung der Anlagen lässt sich das Risiko bekanntlich reduzieren. Doch die Finanzkrise hat auch gezeigt, dass Diversifikation nicht immer den erhofften Schutz bietet, da sich auch unterschiedliche Anlageklassen, insbesondere in Stressphasen, ähnlich verhalten.

Das führte nach der Finanzkrise so weit, dass die Vorzüge der Portfoliodiversifikation – und damit auch die Moderne Kapitalmarkttheorie – in Frage gestellt wurden. Das Problem liegt dabei nicht an der Diversifikation an sich, sondern an der Art, wie diversifiziert wird. Denn vermeintlich unterschiedliche Anlageklassen weisen oftmals ähnliche oder gleiche Risikofaktoren auf.

Ein Beispiel: In Marktphasen mit gewöhnlichen Volatilitätsniveaus wird das Gesamtrisiko eines traditionellen 60/40 Mischportfolios (60 Prozent Aktien, 40 Prozent Anleihen) zu über 80 Prozent von der Aktienallokation erklärt. Aktien dominieren

also das Risiko des Portfolios – und damit die Wertentwicklung. In Phasen höherer Volatilität steigt nicht nur das Gesamtrisiko des Portfolios, sondern auch der Risikobeitrag von Aktien. Sollte das Portfolio auch noch Unternehmensanleihen beinhalten, nehmen die Diversifikationseffekte, also Risikoreduktion durch Streuung, nochmals ab.

Der Grund liegt an den Risikofaktoren der Anlageklassen, die sich hier überlappen. Aktien- und aktienähnliche Faktoren, die sich gerade bei Anlagen mit Kreditrisiko wiederfinden, dominieren. Gerade in der aktuellen Niedrigzinsphase beinhalten viele Portfolios, bewusst oder unbewusst und zu Überschätzung vieler Anleger einen hohen Anteil an aktienähnlichen Risiken und sind deshalb nicht ausreichend diversifiziert.

Mein Tipp:

Um die Geldanlage vor größeren Kursverlusten zu schützen, sollten Anleger ihr Portfolio über Risikofaktoren streuen, anstatt allein über Anlageklassen. Einen Investmentansatz, der alle Risikofaktoren stets im Blick hat, verfolgen unsere Multi-Asset-Portfolios, die Franklin Diversified Fonds. Der Fondsmanager Matthias Hoppe und sein global aufgestelltes Team bauen die Portfolios entsprechend der jeweils aktuellen Marktsituation auf – für ein Multi-Asset-Portfolio ohne Überraschungen.

www.franklintempleton.at



Martin Linsbichler, Österreich-Chef von Franklin Templeton Investments.

Foto: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Erfahren Sie mehr dazu im kurzen Video:




FRANKLIN TEMPLETON
INVESTMENTS